

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846**

18 (2.12.1846)



Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1846 im Umfang des Großherzogthums 42 Kreuzer durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 18.

Carlsruhe, Mittwoch den 2. December.

1846.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Carlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreißigjährigen Periode berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Durlach, 29. November. Wie in den letzten Jahren die Theilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten lebhafter und allgemeiner geworden, wie namentlich die Wahlen und die Verhandlungen der Stände keinen Bürger mehr gleichgültig lassen, so fühlen auch die Männer, denen die Wähler die Vertretung des Landes anvertraut und damit heilige Pflichten auferlegt haben, sich mehr als früher persönlich abgestoßen oder angezogen, je nach der Verschiedenheit oder dem Einklange ihrer Grundsätze und Ueberzeugungen. Während der letzten Wochen des vorigen Landtags fand der mehrmals ausgesprochene Wunsch, daß die Mitglieder der linken Seite von Zeit zu Zeit sich versammeln, ihre Gedanken austauschen, ihr durch gemeinschaftliche Bestrebungen geknüpftes Freundschaftsband befestigen möchten, den ungetheiltesten Beifall Aller. Und es war nicht nur das angenehme Gefühl des Wiedersehens und des persönlichen Verkehrs, welches sie in diesem Vorsatze bestärkte; die Betrachtung der Zustände des badischen und deutschen Vaterlandes, wie der europäischen Staatsgesellschaft, gab hinreichende Gründe an die Hand, das Mittel der persönlichen Besprechung zu dem Zwecke der Erhaltung der Einigkeit, der Verständigung über gemeinsames Wirken in gegebenen Fällen nicht unbenützt zu lassen — Rechtsgelehrte, Schulmänner, Landwirthe, Aerzte, Geistliche erachteten es dienlich und nützlich, in wiederkehrenden Zusammenkünften mit vereinten Kräften ihr Wissen und ihre Thätigkeit zu fördern und fruchtbar zu machen; warum sollten Männer, die, vom Volke zu öffentlichem Wirken berufen, mühsame Arbeit gemeinsam getragen, heisse Kämpfe gemeinsam bestanden haben, nicht ebenfalls zusammenkommen? Eine jährliche Versammlung von Mitgliedern aller deutschen Kammern und Provinzialstände könnte wohl eben so viel Gutes wirken, als die Versammlungen deutscher Rechtsgelehrten und Schulmänner.

Dies mögen die Gründe gewesen sein, welche dem Vorschlage zu einer Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder der linken Seite zwischen dem letzten und dem künftigen Landtage, der, wie schon bemerkt, gegen das Ende der letzten Ständeversammlung gemacht worden war, allgemeinen Anklang verschaffte. Als Ort der Zusammenkunft war die Stadt Durlach bestimmt, deren Lage an der Eisenbahn der größern Anzahl die Reise erleichterte, deren Abgeordneter die Einladung hatte ergehen lassen. Der Tag sollte der erste Sonntag im Mai sein. Bei dem Orte behielt es sein Bewenden, allein die Zeit, unbeschadet der verabredeten Versammlung im Mai, der Gegenwart näher zu rücken, dafür sprachen verschiedene Umstände, welche von den unläuglich bei dem landständischen Ausschusse in Carlsruhe anwesenden Mitgliedern der zweiten Kammer erwogen wurden und zu der Einladung auf den heutigen Tag

fährten. Die anscheinende Erfolglosigkeit des letzten Landtags, welche man aus den Erklärungen der Regierung auf die Beschlüsse der zweiten Kammer in Bezug auf die Presse, die Gewissensfreiheit, die Gemeinderechte, die Einführung der Gesetze über die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung und das öffentlich-mündliche Strafverfahren, das Verhältnis der Beamten zu den Bürgern, die Angebereien und Verfolgungen wegen politischer Gesinnungen, die Erbauung einer Eisenbahn nach dem Bodensee, die Vereinfachung in der Verwaltung und die Sparsamkeit im Staatshaushalte abgenommen hatte, diese anscheinende Erfolglosigkeit aller Bemühungen und Arbeiten der Kammer hatte, — es ist nicht zu läugnen und leicht zu begreifen, — eine allgemeine Mißstimmung im Volke nicht minder als unter den Abgeordneten hervorgerufen. Die Presse des Rückschritts jubelte über die anscheinende Unfruchtbarkeit des Landtags, als über einen deutlichen Beweis, daß eine liberale Mehrheit nichts ausrichten könne, wobei vorausgesetzt wird, daß die Regierung das Gute darum nicht thun wolle, weil eine Mehrheit von Bürgern es verlangt; die Presse des Fortschritts gab demjenigen Theile der Linken, welcher für den einstweiligen Fortbestand des einseitig geschaffenen Staatsraths bis zum nächsten Landtag gestimmt und die Steuern bewilligt hatte, den Mangel an Erfolg schuld.

Die freisinnige Presse beschränkte sich aber nicht darauf, ihre Ansicht auszusprechen und zu begründen, sondern sie griff jene Männer in ihren Gesinnungen und ihrem Character an; diese sollten nicht nur geirrt, nein, sie sollten aus Halbheit, Unentschlossenheit, Beschränktheit, Scheinwesen u. s. w. der Sache des Fortschritts geschadet haben. Die Angriffe wurden längere Zeit fortgesetzt, sie schienen kein Ende nehmen zu wollen. Mochten hieraus die Gegner neue Hoffnung schöpfen; mochten sie glauben, daß der angegriffene Theil der Linken sich von dieser abwenden und zu ihnen schlagen, daß auf dem nächsten Landtage in den wichtigen Fragen, die wir oben angedeutet haben, die Mehrheit auf ihrer Seite sein und die Ergänzungswahlen in ihrem Sinne ausfallen würden; es schade nicht, die Zeit würde sie enttäuscht haben. Aber unter vielen Freunden des Fortschritts, besonders in ferneren Kreisen, wo unsere Verhältnisse nicht so genau gekannt sind, fand ebenfalls die Meinung Eingang, daß in den Reihen der Linken eine Spaltung herrsche, welche von schlimmen Folgen sein müsse; es verbreitete sich die Ansicht, daß die Angriffe in der liberalen Presse auf die Gesinnungen und den Character eines Theiles der Linken mittelbar oder unmittelbar von dem andern Theile ausgingen, und diese Ansicht konnte entmuthigend wirken; sie konnte der Sache schaden, welche der Wahn der Gegner unberührt ließ. Inzwischen hat sich der Streit in der



liberalen Presse gelegt; es hatte sich herausgestellt, daß eine Spaltung in den Reihen der Linken grundsätzlich und persönlich nicht bestand. Hätte es noch eines Beweises bedurft, der heutige Tag würde ihn geliefert haben.

Zum Theile schon am Vorabend, zahlreicher am heutigen Morgen fanden sich die Geladenen ein; Einige kamen mit späteren Bahnzügen, im Ganzen waren 27 Abgeordnete anwesend. Die Uebrigen hatten die Gründe des Ausbleibens schriftlich angegeben und ihren Wunsch für die Erhaltung der Enigheit unter allen Gleichgesinnten ausgesprochen. Erschienen waren: Bassermann, Baum, Bissing, Blankenhorn, Bleidorn, Brentano, Buhl, Dennig, Dörr, Helbing, Helmreich, v. Jyßlein, Jungmanns II., Kapp, Krämer, Lenz, Mathy, Meyer, Mittermaier, Peter, Richter, Rindeschwender, v. Soiron, Stöcker, Welker, Weller, Zittel.

Der Zweck der Versammlung konnte nicht Versöhnung sein. Wo kein Streit, kein Zwiespalt vorausgegangen, wo ein freundschaftliches Verhältnis nicht gestört worden, da ist zu einer Wiederherstellung desselben kein Anlaß. Wegen Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Punkten zerfallen Männer nicht mit einander, welche, durch Grundsätze und Gesinnungen verbunden, nach Einem Ziele streben; am wenigsten solche, die im öffentlichen Leben und in beratenden Körperschaften, in der Gemeinde, in Vereinen, in Staatsstellen oder in Kammern gewöhnt sind, die Meinung Anderer zu achten. Wäre dem Anders, es gäbe keine persönliche Freundschaft, kein Zusammenwirken in öffentlichen Verhältnissen, es gäbe nur noch entweder unbedingte Unterwürfigkeit oder völlige Auflösung.

Eben so wenig als zu einer Versöhnung Anlaß war, konnte irgend eine Erklärung, namentlich in Bezug auf die Presse beabsichtigt werden. Wer die freie Presse will, und es wird in Baden kaum noch irgend Jemand dafür angehen sein wollen, als ob er die freie Presse nicht begehre — der muß sich ihr Urtheil gefallen lassen, dem darf ihr Tadel nicht schwer zu ertragen sein, der wird jeder Meinung die freieste Bewegung gönnen und die Freiheit nicht allein für sich selbst in Anspruch nehmen. Allein eben darum soll in der Presse nicht nur der Angriff, sondern auch die Verteidigung Raum finden. Es ist zwar nicht zu verlangen, daß öffentliche Blätter, welche einer bestimmten Richtung angehören, ihre Spalten der Verteidigung der entgegengesetzten Grundsätze öffnen, und es wird ihnen dieses auch selten zugemuthet werden, da jede Hauptrichtung ihre Blätter hat, in denen sie sich ausdrücken kann; allein wenn Meinungen und Männer, die einer politischen Farbe angehören, in den Blättern dieser Farbe angegriffen werden, so muß ihnen auch vergönnt sein, sich darin zu vertheidigen, sonst sind sie ausgeschlossen von dem Gebrauche der Presse, und dies ist unrecht.

Es hat sich aber in der letzten Zeit gezeigt, daß Erwidrerungen auf Angriffe gegen Abgeordnete der Linken, ausgehend von ihnen und ihren Wahlmännern, entweder nur unter erschwerenden Umständen, die sie oft nicht wollten, häufig aber auch gar nicht aufgenommen wurden. Ja es konnte die Ansicht sämmtlicher Mitglieder der Linken über die Art und Weise, wie der Streit gegen einen Theil derselben geführt wurde, erst spät und mit Mühe sich in der liberalen Presse Bahn brechen. Unter diesen Umständen erschien es wünschenswerth und nothwendig, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten der linken Seite ihre Wähler und alle die Bürger, welche mit ihnen übereinstimmen,

nicht bei einzelnen Fragen, wobei unter den Liberalen verschiedene Meinungen austauschen, von dem Gebrauche der Presse ausgeschlossen werden. Nach den Erklärungen einiger Abgeordneten wird nun wie bisher die Rundschau, so von Neujahr an unter den täglich erscheinenden Zeitungen das Mannheimer Journal Mittheilungen von Abgeordneten der Linken aufnehmen, ohne daß neben der Censur noch eine andere Censur von Seiten des Herausgebers geübt würde. Damit wäre einem Uebelstande abgeholfen, welcher erst in der neuesten Zeit fühlbar geworden, unter Umständen der Sache des Fortschrittes sehr nachtheilig hätte werden können.

Hiermit schien aber nicht Alles gethan, was in Bezug auf die Tagespresse zu wünschen ist, insbesondere wenn man dabei über die Grenzen Badens hinaus auf ganz Deutschland sein Augenmerk richtet. Es ist unlängbar, daß in der Gegenwart der Drang nach Verbesserung der öffentlichen Zustände in den verschiedensten Zweigen und Beziehungen tief in das Volk gedrungen ist und die edelsten Geister der Nation aus allen Klassen der Gesellschaft beschäftigt. Was von Außen her gegen Deutschland sich erhebt und was im Innern sich regt, Alles mahnt die Deutschen, vorwärts zu gehen. Vorwärts lautet der allgemeine Ruf, vorwärts, so lange es noch Zeit ist, auf dem gesetzlichen Wege, damit wir uns den freien Völkern Europa's wetteifernd an die Seite stellen, bevor es zu spät ist und die Folgen des Stillstandes, das Unheil des Rückschlittes, über uns herein brechen. Bei jeder Frage drängt sich dieser Gedanke mit Macht vor unsere Seele. Die bei Verkündung der Bundesacte schon in Aussicht gestellte Vervollkommnung der Bundesverfassung, die Leitung und der Gang des Zollvereins und seiner Handelspolitik mit Beziehung auf Industrie und Schifffahrt, Transportwesen und Posteinrichtung, die Einheit in Gesetz und Recht, öffentlich-mündliches Verfahren mit Geschworenen, die Freiheit der Presse und der Gewissen, ein deutsches Staatsbürgerrecht, die Verfassung der Gemeinden, Gefängniswesen, Gewerbewesen und das Verhältnis von Kapital und Arbeit, — in allen diesen Richtungen ist der Fortschritt geboten und verlangt. Wohl gaben sich die Meinungen kund in Vorträgen auf Lehrstühlen und Rednerbühnen, in Vereinen, Versammlungen, Eingaben an die Regierungen, in Büchern und Zeitschriften. Aber ein großes, bedeutendes Organ der Sache des Fortschrittes im edelsten, patriotischen Sinne des Wortes ist immer noch zu wünschen; ein Blatt, welches im Besitze vieler geistigen Kräfte und zu reichender äußerer Mittel die deutsche Reform in würdiger Weise vertritt. Sein Ziel, das Wohl des Vaterlandes durch zeitgemäße Verbesserung der mangelhaften Zustände, sein Streben den als nothwendig erkannten Reformen Eingang zu verschaffen in das Leben, seine Sprache, würdig und gemeinverständlich, freimüthig, ohne gegen Personen oder Stände verlegend zu sein, — ein solches Blatt dürfte wohl nach allen Seiten und unter allen Klassen der Gesellschaft ein fruchtbares Feld wohlthätiger Wirksamkeit antreffen. Es könnte die Regierungen unterrichten über den Stand der wahren öffentlichen Meinung in Bezug auf die wichtigeren Angelegenheiten des Vaterlandes, es könnte tüchtigen, wohlgesinnten Staatsmännern und Schriftstellern ein würdiges Organ sein, um zu der Nation zu reden, es könnte belehrend auf das Volk, erhebend auf die Tagespresse wirken.

Der Gedanke, ein solches Blatt zu gründen, angeregt von einigen Mitgliedern der Versammlung, die unlängst erst bei



Zusammenkünften in Frankfurt und andern Orten sich überzeugt hatten, wie vielseitig dieser Wunsch getheilt und wie bereitwillig die Mitwirkung ausgezeichneten Männer angeboten wurde, fand unter sämmtlichen Anwesenden einstimmigen Beifall. Man ging dabei von der Ansicht aus, daß ein solches Blatt nicht von der linken Seite der badischen Kammer ausgehen, nicht als ihr Organ in das Leben gerufen werden dürfe; daß aber die Abgeordneten ihre Mittel und Kräfte gern mit denen anderer Männer vereinigen würden, um ein Blatt zu gründen, welches in der angebotenen Weise der gemeinschaftlichen Sache mit Ehre und Erfolg dienen könnte. Man fand es in jedem Falle des Versuches werth, die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens, die man sich nicht verhehlen konnte, zu überwinden und die Hand zu bieten zu einem guten Werke. Es wurden daher vier Mitglieder gewählt, um ohne Zeitverlust mit Andern in Verbindung zu treten, einen Plan und eine Einladung zur Theilnahme, sowohl geistig durch Mitarbeit als materiell durch Actien, zu entwerfen.

Nach der allgemeinen Besprechung, welche der verehrte Präsident Mittermayer geleitet hatte, löste sich die Versammlung in Gruppen auf, die sich in traulichem Gespräche unterhielten. Hier, wie bei dem gemeinsamen Mahle, waltete ungetrübt die herzlichste Eintracht. Das Gefühl, welches in allen Kreisen der Nation lebt, fand auch hier seinen Ausdruck. Das alte Wesen hält nicht mehr; das Mißtrauen, der Kastengeist, der Schlandrian, die Absonderung, das Bevormunden, die Mißschreiberei und Mißregiererei, alle die Trübseligkeiten, welche die Kraft und den Aufschwung des Vaterlandes lähmen, müssen schwinden; Jeder muß dazu mitwirken, man muß den Reaktionen die Wahrheit sagen, frei und ohne Hehl, aber würdig und anständig, damit sie Eingang finde. Persönliche Zu- und Abneigungen, Rücksichten, Berechnungen, müssen dem gemeinsamen, höheren Zwecke weichen. Das einzige Bestreben aller redlichen Freunde des Vaterlandes wird die Ränke der Gegner zu nichte machen und ein neues Leben der Nation bereiten, wo die Regierungen, gestützt auf ein freies, selbstständiges, starkes Bürgertum, vereint zu einem wahren deutschen Bunde, dem Bunde aller Deutschen, das Gemeinwohl einer freien Nation fördern und der Zukunft getrost entgegen sehen können. Sind dies Täuschungen — dann wohl denen, die das Ihrige gethan, um sie zur Wahrheit zu machen, wehe denen, die solches Streben zurückgestoßen und vereitelt haben.

Schnell enteilten die Stunden des kurzen Tages den Versammelten, denen sich Nachmittags Freunde aus der Residenz und Wahlmänner von Durlach beigefügt hatten, und so sehr waren Alle befriedigt, daß ihnen die Zeit bis zum ersten Sonntag im Mai zu lang dünkte und Vorschläge und Einladungen zu baldiger Wiedersehen gemacht wurden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß, wenn nicht Alle, doch die Meisten sich vorher wieder sehen werden.

Wir schließen mit dem Wunsche, daß unter dem badischen und dem deutschen Volke, unter Allen, welche es aufrichtig meinen mit dem Vaterlande, die Einigkeit, ohne die es keine Kraft und keine Wirksamkeit gibt, eben so fest und dauernd sein möge, wie unter den Abgeordneten, die heute in Durlach versammelt waren.

## Krakau.

Krakau hat aufgehört den Namen eines selbstständigen Staates zu führen; statt dreier Herren hat es nur noch Einen, Oesterreich. Dieses allein hat eine Aufgabe übernommen, welche die drei Schutzmächte, wie sie selbst erklären, nicht lösen konnten; nämlich dafür zu sorgen, daß Krakau aufhöre, ein Revolutionsherd zu sein, von welchem aus in die nach Auferstehung ringenden Theile des zerstückelten Polens das Feuer der Empörung getragen werde. Die Folgen dieser Entschliebung für Krakau und für Oesterreich sind nicht die Punkte, welche den Gegenstand besonders wichtig machen. Der kleine Freistaat hat niemals eine politische Bedeutung gehabt und konnte keine haben. Seine Bewohner werden etwas weniger Rechte und etwas mehr Pflichten erhalten. Die Nahrungsverhältnisse der Bewohner werden Aenderungen erleiden, von denen sich aus der Ferne noch nicht bestimmen läßt, ob sie zum Besseren oder zum Schlimmeren ausschlagen. Krakau war der Stapelplatz eines erlaubten und unerlaubten Handels nach den angrenzenden Staaten. Aus preussisch Schlesien, sowohl aus Breslau als aus den Fabrikbezirken, selbst aus Berlin, bezog es bedeutende Quantitäten von Baumwollen-, Wollen-, Leinen- und Seidenwaaren und andern Fabrikaten, auch Colonialwaaren und Tabak, welche auf allerhand Wegen nach russisch und österreichisch Polen gingen. Die Abnahme dieser Absatzquelle wird in Schlesien, zumal in der jetzigen Zeit, schwer empfunden werden. Dagegen fallen die Zollschranken gegen Oesterreich weg, die Eisenbahn von Bochnia soll bis Krakau geführt werden und es sollen Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich im Gange sein, welche geeignet wären, der Stadt als Handelsplatz eine größere Bedeutung zu verschaffen. Daß der gewesene Freistaat für Oesterreich kein wünschenswerthes Besitzthum ist, ist aus Berichten von dort zu entnehmen, wonach die Einverleibung nur mit Widerstreben und wegen der unabwendbaren Nothwendigkeit beschlossen worden sei. Der Zustand von Galizien, wo das Ständerecht, das während des Aufstandes nur in drei Kreisen galt, jetzt in zwölfen herrscht, ist nichts weniger als beruhigend. Mit Besorgniß sieht man dem Winter entgegen, da die Stimmung der rohen, mißhandelten und Noth leidenden Bauern durch den Mangel noch mehr gereizt wird. Die starke und immer noch zu verstärkende Truppenmacht, welche Ausbrüchen vorbeugen und steuern soll, kann aus den Mitteln des Landes nicht erhalten werden und kostet Opfer, welche schwer aufzubringen sind. Es ist deshalb das Projekt einer Anleihe von 40 Millionen mit diesen vermehrten Bedürfnissen in Verbindung gebracht worden, während gleichzeitig die Ausgabe der im Jahre 1842 eingeführten zinstragenden Centralkassenscheine von der Nationalbank für Rechnung des Staates vermehrt wird und die mit der Schuldenverwaltung verbundene Kreditkasse zum Auskauf von Eisenbahnaktien die Börse günstiger stimmen soll für das Anleiheunternehmen.

Der wichtigste Gesichtspunkt bei der Sache ist aber der völkerrechtliche. Von Seiten der Schutzmächte wird angegeben, daß die Bestimmung der Wiener Schlussakte, wonach die Stadt Krakau mit ihrem Gebiete für immer als eine freie, unabhängige, streng neutrale Stadt unter dem Schutze der drei vertragsschließenden Mächte angesehen sein soll, nur ein Versuch gewesen sei, der sich aber nicht bewährt habe, und daher von ihnen wieder abgeändert werden dürfe. Dagegen berufen sich



sämmtliche Organe der englischen und französischen Presse auf die Bestimmung der nämlichen Akte, daß alle ihr beigelegten besonderen Verträge, Uebereinkünfte, Erklärungen u. s. w., sechzehn an der Zahl, dieselbe Kraft haben sollen, als wenn sie wörtlich in dieselbe aufgenommen wären. Hieraus wird geschlossen, daß zu einer Abänderung die Zustimmung sämmtlicher Unterzeichner der Wiener Congreßakte erforderlich gewesen und daß die einseitige Aufhebung des Freistaates eine Verletzung der Verträge sei. Es wird dabei auf die Aeußerungen der Minister Guizot und Palmerston in der französischen Kammer und dem englischen Parlament Bezug genommen, welche im Juli und August erklärten, daß die Verträge, wenn sie an der Weichsel nicht mehr gelten, auch am Rhein und am Po keine Bedeutung mehr hätten. Es kommt nun nicht sowohl darauf an, welche von beiden Ansichten die richtige ist, als welche dafür geltend gemacht wird. Ein Staat, der weiter nichts hat, als Recht, ist immer in Gefahr, zu verlieren. Wenn England und Frankreich, und mit ihnen die öffentliche Meinung in Europa, die Wiener Verträge als aufgehoben durch die Einverleibung Krakaus mit Galizien ansehen, so werden sie bei Gelegenheit darnach handeln.

Die behauptete Nothwendigkeit der Maßregel muß auf starke Zweifel stoßen. Nicht Viele werden die Schutzmächt für so schwach halten, daß sie sich der von Krakau aus betriebenen Empörungspäne nicht erwehren könnten. Oder, wäre dies der Fall, so wird die Einverleibung Krakaus kaum als hinreichend anzusehen sein, wenn man erwägt, daß vor sechzehn Jahren die letzte große Schilderhebung der Polen in Warschau ausbrach, daß in Posen und Galizien die nämlichen Sympathien sich zeigen, denen man in Krakau durch die Einverleibung zu steuern hofft. Das Gebot der Nothwendigkeit wird am Ende keine Wahl mehr übrig lassen, als die Ausrottung der Polen oder die Wiederherstellung Polens.

Der Eindruck, welchen die Einverleibung des polnischen Freistaates in Deutschland gemacht hat, läßt sich bis jetzt aus leicht begreiflichen Gründen nicht aus der Zeitungspressen erkennen; der Trauertand, in welchen ein hannoversches Blatt die Nachricht faßte, ist übrigens ein deutliches Zeichen. Die Theilung Polens, ein Ereigniß, welches Niemand mehr entschuldigt, Jedermann beklagt, wird durch Krakaus Untergang aufs Neue aufgefrischt. Der letzte Rest von polnischem Gebiete, welches vertragsmäßig bestand, ist verschwunden. Es handelt sich hier nicht um Unterdrückung eines Aufstandes in Provinzen, welche Europa an die beteiligten Staaten gegeben hatte, nicht um eine Aenderung der Dynastie und der Regierungsgrundsätze, wie in Frankreich, nicht um eine Trennung ungleichartiger Bestandtheile, welche durch eine europäische Conferenz geregelt wurde, wie in den Niederlanden, sondern um das Aufheben des Daseins eines schwachen, aber durch die Verträge gewährleisteten Staates durch den Nachspruch dreier öffentlichen Mächte, gegen welchen zwei westliche Mächte als gegen eine Verletzung der Verträge, auf denen die politische Gestalt Europa's beruht, Widerspruch einlegen. Zwar wird behauptet, die französische Regierung habe stillschweigend eingewilligt. Aber wäre dies der Fall, so würde sie sich mit der gesammten öffentlichen Meinung in Frankreich in offenbaren Streit setzen und wahrscheinlich vor den Kammern unterliegen. England und Frankreich werden sich einander nähern, denn allgemein wird geglaubt, daß ihre Entfremdung durch die spanische Heirath den Entschluß gegen Krakau zur Reife gebracht habe. Die Folgen der Mißstimmung zwischen Osten

und Westen aber dürfte früher oder später zunächst Deutschland zu tragen haben.

In Bezug auf Polen mag es schwer sehr schwer sein, Gerechtigkeit zu üben; aber sie ist nothwendig, wenn Deutschland und Europa Ruhe und Vertrauen auf die Zukunft finden sollen, und sie gebietet: Wiederherstellung Polens.

### Briefe.

Karlsruhe, 30. November. Eine Mittheilung der Abendzeitung von gestern erwähnt das Gerücht, daß bei Gelegenheit der hiesigen Wahlen zur Erneuerung des großen Ausschusses Rücksichten auf die Konfession der Bürger genommen, daß von Seiten einer gewissen Partei vor der Wahl eines Juden gewarnt werde, um dadurch zu beweisen, daß die Residenz mit der Emancipation der Juden nicht einverstanden sei. Diese Darstellung der Sache wäre allerdings eine grobe Verläumdung der hiesigen Bürgerschaft, wie sie auch von der Abendzeitung bezeichnet wird. Man warnt von keiner Seite vor der Wahl eines Bürgers darum, weil er ein Jude ist; aber man begünstigt von einer gewissen Seite nicht diejenigen Candidaten, welche bei den Wahlmänner- und Deputirtenwahlen in einer Richtung wirkten, welche den Gesinnungen des größern Theils der Bürgerschaft entgegen gesetzt ist. Wer bei Landesangelegenheiten nicht mit den Bürgern hält, der kann auch in Gemeindeangelegenheiten ihr Vertrauen nicht ansprechen. Insbesondere zeigt sich hier eine Abneigung, diejenigen in den Ausschuss zu wählen, welche sich angestrengt haben, die Wahl des Abg. Stöber zu hintertreiben. Daß sich gerade eine Anzahl Juden mit solchen Anstrengungen hervorgethan, wird man ihrer Konfession eben so wenig zuschreiben, als ihr Durchfallen bei den Ausschusswahlen.

### Verschiedenes.

— Die Freiburger Zeitung macht sich. Am Schlusse eines ziemlich faden Artikels über die Budgetverweigerung bekennt sie sich einstweilen zum Justemillieu und wünscht sodann eine wahrhaft constitutionelle Entwicklung mit allen Garantien, die dazu gehören, namentlich mit Pressefreiheit, die sie freudig begrüßen werde. Wir gratuliren.

Unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung.

### Drittes Fest der verbündeten badischen Männergesangsvereine in Lahr.

Nachdem die Stadt Lahr ausgerufen wurde, am Pfingstmontag 1847 das dritte Fest der badischen Männergesangsvereine in ihren Mauern gefeiert zu sehen, und nachdem die hiesigen Einwohner freudig die hierher gefallene Wahl angenommen haben, laden wir hierdurch herzlich zu zahlreichem Besuche ein.

Wir werden uns bemühen, unseren Gästen, so weit es mit unseren schwachen Kräften möglich ist, einen frohen Genuß zu bereiten.

Wir laden aber nicht nur die schon verbündeten, sondern auch die noch nicht beigetretenen Vereine, so wie einzelne zu keinem Vereine gehörige Sänger ein, sich anzuschließen und bitten, uns innerhalb 8 Tagen ihren Beitritt gefälligst anzuzeigen und zugleich anzugeben, wie viel Exemplare der Partitur und der einzelnen Stimmen der schon ausgewählten und zum Druck beförderten 10 Gesammtchöre sie zu erhalten wünschen.

Lahr, den 14. November 1846.

Mit Sängergruß und Handschlag  
der Vorstand:  
A. Baum.

R. S. Die verehrlichen Redactionen der übrigen badischen Zeitungen und der Lokalblätter werden ersucht, diese Einladung ebenfalls aufzunehmen.